



## Inhalt

dbb Jahrestagung 2023

[Silberbach: Daseinsvorsorge muss raus aus dem Krisenmodus](#)

75 Jahre NBB

[Starker öffentlicher Dienst schützt Demokratie](#)

Vorankündigung

[14. Forum Personalvertretungsrecht im September 2023](#)

dbb jugend

[Einkommensrunde wird zur Richtungsentscheidung für den öffentlichen Dienst](#)

dbb senioren

[Für ein starkes Miteinander der Generationen](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Wüst kündigt Modernisierungsoffensive für öffentlichen Dienst an](#)

Schleswig-Holstein

[Reallohnverluste im öffentlichen Dienst: Zuschüsse gefordert](#)

Berlin

[Gespräch zu Herausforderungen des öffentlichen Dienstes mit Spitzenkandidatin Bettina Jarasch](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Vorstoß der CDU zur Attraktivitätssteigerung für Lehrkräfte begrüßt](#)

Hessen

[Justizminister reagiert auf Gewalt gegen Beschäftigte](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Räumung von Lützerath: Polizei setzt Recht und Gesetz durch](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Lehrerin in Ibbenbüren mutmaßlich von Schüler getötet](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[Deutliche Kritik an Bekämpfung von Geldwäsche](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

---

dbb Jahrestagung 2023

## Silberbach: Daseinsvorsorge muss raus aus dem Krisenmodus

**Die größte Gefahr für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Wohlstand ist ein kaputt gesparter öffentlicher Dienst, warnte dbb Chef Silberbach bei der dbb Jahrestagung.**

Mit Blick auf die bekannten Missstände unter anderem im Bildungs- und Gesundheitssystem, bei der Sicherheit und in der Justiz sowie angesichts der mangelhaften Digitalisierung und der Erosion des Vertrauens in den Staat forderte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 9. Januar 2023 in Köln von der Politik und insbesondere gegenüber der anwesenden Bundesinnenministerin Nancy Faeser: „Wir müssen raus aus dem Krisenmodus. Die größte Gefahr für die Demokratie, für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens und auch für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand ist ein kaputt gesparter, nicht funktionsfähiger öffentlicher Dienst.“ Die politisch Verantwortlichen müssten sich gegenüber den Menschen im Land endlich ehrlich machen und nichts versprechen, was nicht zu halten sei. „Wenn wir den Personalmangel im öffentlichen Dienst nicht stoppen, den peinlichen Digitalisierungstau nicht auflösen, dann gibt es weniger Daseinsvorsorge“, machte Silberbach deutlich. „Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht weichgespült, sondern einfach gut regiert, die Beschäftigten professionell geführt werden. Und dazu gehören unabdingbar eine funktionierende Daseinsvorsorge und ein zeitgemäß ausgestatteter und gestalteter öffentlicher Dienst.“

Der dbb Chef zeigte sich stolz darauf, „dass die Millionen Kolleginnen und Kollegen – natürlich und trotz der Welle an Krisen, der sie sich entgegenstemmen – auch weiterhin Tag für Tag und Nacht für Nacht alles dafür tun, damit dieses Land funktioniert. Damit Menschen und Unternehmen trotz mittlerweile eklatanter und flächendeckender Infrastruktur- und Personalmängel in der Daseinsvorsorge weiterhin einen halbwegs verlässlichen Staat an ihrer Seite haben und über die Runden kommen. Damit von der Politik beschlossene Hilfspakete und Unterstützungsleistungen dort landen, wo sie hingehören – und seien sie handwerklich auch noch so schlecht und ohne jede Rückkopplung mit jenen gemacht, die Ahnung von der Materie haben und sie umsetzen müssen.“ Nun aber brauche es „ein Bündel konzertierter Maßnahmen als Antworten auf die realen Herausforderungen, vor denen der Staat und damit in erster Linie der öffentliche Dienst steht“.

Beim traditionellen politischen Schlagabtausch des dbb Bundesvorsitzenden mit der Bundesinnenministerin standen auch die Debatte über Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst und die Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte in der Silvester-Nacht im Blickpunkt. Menschen im öffentlichen Dienst, die nicht mit beiden Beinen fest auf dem Boden der Verfassung stehen, müsse „konsequent klare Kante“ gezeigt werden, denn „sie beschädigen das Vertrauen der Menschen in die öffentlichen und demokratischen Institutionen. Vor allem aber diskreditieren sie die Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die tagtäglich rechtschaffen und verlässlich ihren Job machen“, betonte Silberbach. Zugleich warnte er aber davor, den gesamten öffentlichen Dienst „wegen einzelner krimineller Extremisten unter Generalverdacht“ zu stellen und bei einer gewünschten Beschleunigung des Entfernens aus dem Dienst rechtsstaatliche Verfahren zu missachten. Den gleichen Lösungs- und Umsetzungseifer, den die Politik derzeit bei Änderungen des Disziplinarrechts an den Tag lege, wünsche er sich vor allem in Sachen Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. „Hier bedarf es einer klaren Antwort unseres Rechtsstaates. Und die kann nicht lauten: Personalien aufgenommen und ‚Tschüss‘. Strafverfolgung findet nämlich wegen einer total unterbesetzten Justiz nicht immer ausreichend statt“, kritisierte Silberbach.

Um Land, Wirtschaft und vor allem das Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu stabilisieren, brauche es endlich eine Kehrtwende der Politik in der Personal- und Finanzausstattung des öffentlichen Dienstes. Es brauche „Tatendrang, mehr Personal, attraktive Beschäftigungsbedingungen, Digitalisierung“ und eine nachhaltige Einbindung der Beschäftigten und ihrer Spitzenorganisationen bei der Gestaltung und Umsetzung politischer Vorgaben und Arbeitsprozessen. „Legen Sie endlich los! Land, Leute und Wirtschaft warten. Und diese Warterei kostet Nerven, Vertrauen und viel Geld“, so Silberbach.

Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser würdigte in ihrer Rede die Leistungen des öffentlichen Dienstes und kündigte eine bessere Fachkräftegewinnung an. „Meine Wertschät-

zung gilt dem öffentlichen Dienst in Bund, Ländern und Kommunen. Die Beschäftigten sind wahre Alltagshelden“, sagte Faeser. Ohne sie sei etwa die Umsetzung der dringend benötigten Entlastungspakete der Bundesregierung für die Bürgerinnen und Bürger nicht möglich. „Gerade die Leistung der kommunalen Bediensteten kann hier nicht hoch genug bewertet werden.“

Um die Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung zu verbessern stellte die Bundesinnenministerin konkrete Maßnahmen in Aussicht: „Wir brauchen die klügsten Köpfe. Deshalb werden wir eine crossmediale Kampagne für die Bundesverwaltung starten, um für die Arbeit beim Staat zu werben.“ Die Bundesregierung wolle außerdem mehr Menschen mit Migrationshintergrund für den öffentlichen Dienst gewinnen und dafür beispielsweise Bewerbungsprozesse optimieren.

Hinsichtlich attraktiver Arbeitsbedingungen versprach Faeser mit Blick auf die in zwei Wochen beginnende Einkommensrunde für Bund und Kommunen: „Wir werden zu einer tragfähigen Lösung kommen.“ Für die verfassungskonforme Besoldung und Versorgung beim Bund wolle sie außerdem darauf drängen, dass ein entsprechendes Gesetz „sehr bald“ kommt. Auch beim langjährigen Streit um die Arbeitszeit der Bundesbeamtinnen und -beamten signalisierte sie Gesprächsbereitschaft: „Ich lasse prüfen, wie wir hier für besonders

belastete Berufsgruppen Entlastung schaffen können.“

Nach den Attacken auf Einsatzkräfte in der Silvesternacht betonte Nancy Faeser erneut: „Angriffe auf Beschäftigte werden wir nicht hinnehmen. Der Staat muss sich vor die Beschäftigten stellen. Täter müssen schnell bestraft werden, nur das schafft Respekt vor dem Rechtsstaat.“ Auch zu der Diskussion um sogenannte Reichsbürger im öffentlichen Dienst betonte die Bundesinnenministerin erneut: „Wer für den Staat arbeitet, muss sich aktiv zu unseren Grundwerten bekennen. Wir lassen nicht zu, dass der Rechtsstaat von Extremisten sabotiert wird – sie haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.“

Bei der Digitalisierung der Verwaltung – insbesondere beim Onlinezugangsgesetz – räumte Faeser ein: „Hier muss der Staat auf allen Ebenen besser und schneller werden.“ Hier dürften Prozesse allerdings nicht einfach digitalisiert, sondern müssten zuvor grundlegend verbessert werden. „Angesichts von 40.000 Behörden im Land und alleine 11.000 Städten und Gemeinden ist das allerdings weiter eine Mammutaufgabe.“

Alle Informationen zur dbb Jahrestagung inklusive umfangreicher Berichte und Videomitschnitte gibt es auf [www.dbb.de/jahrestagung](http://www.dbb.de/jahrestagung).

## 75 Jahre NBB

### **Starker öffentlicher Dienst schützt Demokratie**

**Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat vorzunehmender Radikalisierung in Teilen der Gesellschaft gewarnt. Ein Mittel dagegen sei eine starke Daseinsfürsorge.**

„Ob politische und religiöse Extremisten oder Verschwörungsgläubige wie die sogenannten Reichsbürger: Die Radikalisierung von Einzelnen schreitet oft schnell, aber auch unbemerkt voran. Das hat etwas damit zu tun, dass der Zusammenhalt in der Gesellschaft bröckelt und die Daseinsfürsorge kaputtgespart wurde. Beide Phänomene verstärken sich zudem noch gegenseitig. Deshalb muss in den Staat investiert werden, damit er Gesundheit, Bildung, Recht und Sicherheit wieder für alle garantieren kann“, forderte der dbb Chef am 11. Januar 2023 bei der Feier zum 75-jährigen Bestehen des dbb Landesbundes in Niedersachsen (NBB - Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion).

Silberbach erinnerte daran, dass Gesetzestreue von der Politik auch vorgelebt werden müsse: „In den letzten Jahren mussten Beamtinnen und Beamte immer wieder bis zum Bundesverfassungsgericht klagen, um eine amtsangemessene Alimentation zu erstreiten. Das ist doch ein Trauerspiel. Ich bin froh, dass unsere dbb Landesbünde hier entschlossen dagegenhalten. Sie setzen sich mit Fachkenntnis und Leidenschaft für die Interessen der Beschäftigten und damit für ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander ein. Im Fall des NBB sogar schon seit 75 Jahren. Dafür danke ich den Kolleginnen und Kollegen und gratuliere zum Jubiläum.“

## Vorankündigung

### 14. Forum Personalvertretungsrecht im September 2023

**Am 18. und 19. September 2023 wird das 14. Forum Personalvertretungsrecht von dbb und dbb akademie veranstaltet.**

Dabei wird es um Ideen für eine moderne, effektive und attraktive Personalvertretung gehen. Die Betreuung und Durchsetzung der Beschäftigteninteressen in der Dienststelle funktioniert nur, wenn es Menschen gibt, die sich dafür einsetzen. Mit dem Titel „Engagement im Personalrat – nur für Idealisten oder Plattform für MacherInnen?“ rücken die Veranstalter daher die Akteure vor Ort in den Fokus. Welche

Potentiale birgt ihr Einsatz im Personalrat für die Beschäftigten? Und welche Bedingungen benötigen sie für ein auch persönlich sinnvolles und befriedigendes Engagement?

Programm und Anmeldung gibt es demnächst auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

## dbb jugend

### Einkommensrunde wird zur Richtungsentscheidung für den öffentlichen Dienst

**Der dbb jugend Chef Matthäus Fandrejewski erwartet von der anstehenden Einkommensrunde eine entscheidende Weichenstellung für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst.**

„In der Einkommensrunde, die Mitte Januar beginnt, müssen die Arbeitgebenden von Bund und Kommunen die Weichen für einen zukunftsfähigen Dienst stellen. Insbesondere der Berufsnachwuchs erwartet ein klares Signal des Aufbruchs“, machte Fandrejewski am Rande der dbb Jahrestagung am 9. Januar 2023 in Köln deutlich. Die Einkommensrunde für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten werde damit zur Richtungsentscheidung für den öffentlichen Dienst.

„Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach hat hier in Köln gegenüber der Politik und namentlich Bundesinnenministerin Nancy Faeser noch einmal klar dargelegt, wie prekär die Situation derzeit ist – zu viele Aufgaben lasten auf zu wenigen Schultern, die Digitalisierung kommt nicht in die Pötte, agile Strukturen und zeitgemäße flexible Arbeitsbedingungen sind noch immer Zukunftsmusik. Diese Umstände sind nicht gerade gute Argumente für die Gewinnung von neuen motivierten Kolleginnen und Kollegen für den Dienst im Auftrag des Gemeinwohls“, kritisierte der dbb jugend Vorsitzende. „Deswegen ist die Einkommensrunde quasi der ‚last call‘ für die Personalverantwortlichen in Bund und Kommunen – Arbeit- wie Dienstgebende gleichermaßen“, mahnte Fandrejewski: „Wir brauchen eine deutliche Attraktivitätssteigerung, und das heißt aktuell ein spürbares Einkommensplus für alle Beschäftigtengruppen, auch für die Auszubildenden und

im Nachgang die wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Anwärtnerinnen und Anwärter, Beamtinnen und Beamten. Wenn wir das Ruder jetzt nicht herumreißen und potenziellen Berufseinsteigern klare Willkommenssignale setzen, werden wir aufgrund des strukturell und demografisch bedingten Personalmangels erhebliche Performanceverluste in der Daseinsvorsorge erleben, die angesichts der zu bewältigen Herausforderungen – Bildungsmisere, Klimawandel, Digitalisierung, gesellschaftlicher Zusammenhalt – niemand in diesem Land gebrauchen kann“, warnte der dbb jugend Chef.

#### Hintergrund

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind insgesamt über 2,5 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Fast 1,6 Millionen Arbeitnehmende des Bundes und der Kommunen und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat, sowie Auszubildende (6.350 beim Bund, 56.300 bei den Kommunen), Praktikantinnen und Praktikanten sowie Studierende in ausbildungsintegrierten dualen Studiengängen und auch knapp 190.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärtnerinnen und Anwärter (16.885 beim Bund, 12.575 bei den Kommunen) sowie über 500.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mit-

telbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen für weitere Bereiche des öffentlichen

Dienstes (Bspw. Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Rentenversicherung).

dbb senioren

## **Für ein starkes Miteinander der Generationen**

**Die dbb bundesseniorenvertretung nimmt an der Debatte zur „Rückkehr des starken Staates“ teil, die auf der dbb Jahrestagung 2023 angestoßen wurde.**

„Das Thema der diesjährigen dbb Jahrestagung ‚Deutschland im Krisenmodus: Comeback des starken Staates?‘ könnte nach dem Krisenjahr 2022 nicht aktueller gewählt sein. Der öffentliche Dienst mit seinen engagierten Mitarbeitern hat das Potential, als Stabilisator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wirken, damit unser Land auf Krieg, Energiekrise, Inflation, Pandemie und auf die empörenden Geschehnisse der Silvesternacht mit Angriffen auf Polizei und Feuerwehr reagieren kann“, sagte Horst Günther Klitzing, der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, am 9. Januar 2023 in Köln.

Das Kernthema der dbb senioren ist das Miteinander der Generationen und der Austausch der jeweiligen Erfahrungen. „Wer miteinander spricht und gemeinsam agiert, schafft Verständnis und Zusammenhalt.“ Die dbb senioren leisteten gerne ihren Beitrag für ein starkes Miteinander, ob im Kleinen in den Familien, in der Gewerkschaftsarbeit und anderen Ehrenämtern, so Klitzing weiter.

Die dbb bundesseniorenvertretung präsentierte sich und ihre Arbeit mit einem Informationsstand. Im Vordergrund stand die Broschüre zum Thema Pflege, deren aktualisierte Neuauflage im Frühjahr 2023 beim DBB Verlag erhältlich sein wird.

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Nordrhein-Westfalen

### **Wüst kündigt Modernisierungsoffensive für öffentlichen Dienst an**

**Ministerpräsident Hendrik Wüst hat bei der dbb Jahrestagung am 9. Januar 2023 eine Modernisierungsoffensive für den öffentlichen Dienst angekündigt.**

Zuvor stellte er die Maßnahmen dar, die seine Regierung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst bereits angegangen beziehungsweise umgesetzt habe: die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, die Zahlung der Familienzuschläge, die Einführung von Langzeitarbeitskonten und den Einstieg in die Anhebung der Eingangsbesoldung für alle Lehrämter auf A13. Wüst zeigte mit Blick auf einen notwendigen Inflationsausgleich zudem Verständnis für

die Forderungen des dbb zur bevorstehenden Tarifrunde 2023 für Bund und Kommunen.

Der Vorsitzende des DBB NRW Roland Staud begrüßt die Ankündigung einer Modernisierungsoffensive, macht aber klar, dass vorab die Rahmenbedingungen für eine Beteiligung der Gewerkschaften geklärt werden müssen.

## Schleswig-Holstein

### Reallohnverluste im öffentlichen Dienst: Zuschüsse gefordert

**Während die Tarifbeschäftigten beim Bund und bei den Kommunen die Chance haben, ab Januar wirksame Einkommensanpassungen durchzusetzen, müssen die Beschäftigten des Landes einschließlich der Beamtinnen und Beamten noch bis zum Herbst ausharren. Denn die dort maßgebenden Tabellen laufen noch mindestens bis September. Der dbb sh erwartet vom Land, dass es seinen Beschäftigten in der Phase spürbarer Reallohnverluste zur Seite steht. Als Übergangslösung werden deshalb Zuschüsse von monatlich bis zu 150 Euro gefordert.**

Der Grund für die unterschiedliche Ausgangssituation bei Bund und Kommunen auf der einen und dem Land auf der anderen Seite sind abweichende Laufzeiten der Tarifverträge. Beim Abschluss des letzten Tarifvertrages für die Länder im November 2021 war noch nicht absehbar, dass sich die Inflation auf einem derart hohen Niveau verstetigt. „Das Land Schleswig-Holstein hat jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder, die Politik verbucht die Reallohnverluste vollständig als erneuten Sparbeitrag auf dem Rücken der Beschäftigten, – oder sie reiht sich ein in die Liga verantwortungsvoller und wettbewerbsfähiger Arbeitgeber und zahlt einen Zuschuss“, machte dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp am 9. Januar 2023 deutlich.

Für die Tarifbeschäftigten könne die Zahlung auf der Grundlage einer bestehenden Tarifregelung erfolgen, der dem Arbeitgeber Zulagen wegen höherer Lebenshaltungskosten ermöglicht. Für die Beamtinnen und Beamten komme

eine vom Bundesgesetzgeber ermöglichte Inflationsausgleichsprämie in Betracht. In beiden Fällen könne das Land eigenständig entscheiden.

Nach den Vorstellungen des dbb sh sollen die Zahlungen nur bis September 2023 erfolgen. Anschließend seien im Zuge der regulären Einkommensregelungen dauerhafte Lösungen möglich. Die Forderungen für die Einkommensrunde bei Bund und Kommunen lasse bereits erkennen, dass es dort um andere Dimensionen gehen wird.

Jetzt gehe es zunächst um ein moderates, aber wichtiges Signal an die Beschäftigten. Dies sei mit Blick auf die Beamtinnen und Beamten aus einem weiteren Grund geradezu erforderlich: Die im Bürgergeld zum Ausdruck kommenden höheren Sozialleistungen dürften zu einem unzureichenden Abstand der Besoldung führen – damit wären die Anforderungen der Verfassung erneut gerissen.

## Berlin

### Gespräch zu Herausforderungen des öffentlichen Dienstes mit Spitzenkandidatin Bettina Jarasch

**Am 29. Dezember 2022 haben sich der Berliner dbb Landeschef Frank Becker und sein Stellvertreter Thomas Goiny mit Bettina Jarasch, der Spitzenkandidatin der Grünen für die anstehende Wahlwiederholung, sowie Finanz-Staatssekretärin Jana Borkamp zum Gespräch getroffen.**

Dabei ging es um die Herausforderungen des öffentlichen Dienstes, etwa die Verwaltungsmodernisierung und insbesondere die Personalgewinnung. Hier steht auch das Land Berlin vor der großen Herausforderung, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren, um ausreichend Fach- und Nachwuchskräfte zu rekrutieren, um die zunehmenden altersbedingten Abgänge zu kompensieren. Diskutiert wurde etwa über die Ausbildungsübernahme (Probezeit) bis hin zu (Erschwernis-) Zulagen und Einstellungsvoraussetzungen. Klares Ziel

müsse es außerdem sein, so Becker, mit attraktiven Veränderungen das vorhandene Personal zu binden.

Anhand konkreter Einzelfälle erläuterte Goiny bestehende Attraktivitätshindernisse aus Sicht der Beschäftigten. Bei deren Abbau sei die Herausforderung, die Vielfalt der Berufe und ihrer Anforderungen zu berücksichtigen. Zudem sei die Stärkung der Führungskräfte – insbesondere auf Gruppenleitungsebene – eine drängende Aufgabe.

## Mecklenburg-Vorpommern

### **Vorstoß der CDU zur Attraktivitätssteigerung für Lehrkräfte begrüßt**

**Die CDU-Landtagsfraktion beabsichtigt, zur nächsten Landtagssitzung einen Antrag einzubringen, der einen im Sommer 2021 vom Verband Bildung und Erziehung (VBE) vorgelegten Vorschlag zur Absenkung der Unterrichtsverpflichtung beinhaltet.**

„Der dbb m-v und seine Bildungsgewerkschaften hatten bereits mit Bekanntwerden des rot-roten Koalitionsvertrages kritisiert, dass die demotivierend hohe Unterrichtsverpflichtung, die höchste im Bundesdurchschnitt, erst zum Ende der Legislaturperiode auf den Prüfstand soll“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 11. Januar 2023 in Schwerin.

Dem folgend beinhaltet der Antrag die Aufforderung an die Landesregierung, im nächsten Schuljahr unter anderem die verbindliche Einführung von Lebensarbeitszeitkonten sowie die Herabsetzung der Unterrichtsverpflichtung auf 25 Stunden umzusetzen. Damit der Lehrkräftemangel durch die Absenkung nicht weiter verstärkt wird, soll eine Reserve in Höhe von zwei

Stunden wöchentlich gebildet werden, die dann in die zu bildenden Lebensarbeitszeitkonten der Lehrkräfte eingezahlt werden, um zu einem späteren Zeitpunkt Wirkung zu entfalten.

„Der Vorschlag ist zum einen geeignet, die Bestandslehrkräfte zu motivieren, und zum anderen, das Interesse von Lehrerinnen und Lehrern aus anderen Bundesländern zu wecken, in Mecklenburg-Vorpommern tätig zu werden. Daher mein Appell an alle demokratischen Kräfte, zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer jetzt an einem Strang zu ziehen und nicht in ein parteipolitisches Gezänk abzudriften“, unterstrich Knecht.

## Hessen

### **Justizminister reagiert auf Gewalt gegen Beschäftigte**

**Justizminister Roman Poseck hat die beiden Sonderdezernate besucht, die 2020 bei den Staatsanwaltschaften Darmstadt und Offenbach angelegt wurden, um Angriffe auf Amtsträger, Rettungskräfte und andere Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes schneller und effizienter ahnden zu können.**

Das beweise, dass Gewalt gegen Beschäftigte mittlerweile zu den größten Problemen des öffentlichen Dienstes zählt, kommentierte der dbb Hessen am 10. Januar 2023. „Es ist gut, dass der Minister die Wichtigkeit des Problems erkannt hat“, sagte der dbb Landesvorsitzende Heini Schmitt. „Damit verleiht er dem Thema den nötigen Stellenwert.“ Die Gewalt gegen Einsatzkräfte in der Silvesternacht hätte erneut bewiesen, dass immer noch dringender Handlungsbedarf besteht.

„Das Bemühen, die Verfahren zu beschleunigen und zeitnäher zu wirkungsvollen Urteilen zu kommen, erkennen wir ausdrücklich an. Dieser Weg muss konsequent weitergegangen und die Ressourcen müssen vergrößert werden“, sagte Schmitt. Im Zusammenwirken mit der entsprechenden Rundverfügung der Generalstaatsanwaltschaft würden damit Forderungen aus dem Bekämpfungskonzept des dbb Hessen aus dem Jahr 2018 aufgegriffen.

---

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

### Räumung von Lützerath: Polizei setzt Recht und Gesetz durch

**Nach dem Beginn der Räumung des Dorfes Lützerath in Nordrhein-Westfalen hat die DPoIG ein erstes positives Zwischenfazit gezogen. „Das Einsatzkonzept der Polizei ist bislang aufgegangen“, sagte der DPoIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 11. Januar 2023.**

„Die gezielte Kommunikation hat zur Deeskalation der Lage beigetragen. Dort, wo es notwendig wird, gehen die Einsatzhundertschaften professionell und entschlossen vor. Erfahrungen aus vergangenen Einsätzen, wie der im Hambacher Forst 2018 zeigen, dass die Polizei mit erheblichem Widerstand bis hin zu aufgestellten Fallen rechnen muss“, erklärte der DPoIG Chef.

Mitentscheidend für den Verlauf des Einsatzes seien die Bewertungen aus der Politik. Wendt: „Wenn die Grünen-Vorsitzende beide Seiten ermahnt, zur Deeskalation beizutragen, verkennt dies in inakzeptabler Weise die Ausgangslage. Die Polizei handelt nach Recht und

Gesetz. Sämtliche Gerichtsurteile haben dies bis dato bestätigt. Jeder, der sich jetzt noch in Lützerath aufhält, um zu protestieren, hält sich illegal dort auf. Wenn Politiker Polizei und Störer gleichsetzen, ist das skandalös und trägt zur Aushöhlung unseres Rechtsstaates bei.“

Die Dauer des Einsatzes hänge davon ab, wie stark die Störer sich gegen die Durchsetzung geltenden Rechts zur Wehr setzen. „Die Polizei ist jedenfalls auf verschiedene Einsatzszenarien eingestellt. Sie wird professionell, angepasst und durchsetzungsstark agieren.“ so Wendt.

## Verband Bildung und Erziehung (VBE)

### Lehrerin in Ibbenbüren mutmaßlich von Schüler getötet

**Am 10. Januar 2023 wurde eine Lehrerin an ihrer Schule getötet, mutmaßlich von einem ihrer Schüler. Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand sagte: „Wir trauern um eine Kollegin. Der Familie und ihren Freunden gilt unsere Anteilnahme. Einen Menschen anzugreifen und zu töten ist ein feiger Akt und zeugt von blindem Hass und tiefer Respektlosigkeit.“**

Brand bat darum, vor einer weiteren Bewertung die Ermittlungen abzuwarten: „Es ist eine Frage der Haltung, dass in diesem schweren Fall erst die Fakten zusammengetragen werden müssen, bevor man sich weitergehend äußert. Effekthascherische und populistische Äußerungen sind hier vollkommen fehl am Platz.“

Mit Verweis auf die Ergebnisse mehrerer repräsentativer forsa-Umfragen zum Thema „Gewalt gegen Lehrkräfte“ im Auftrag des VBE machte der VBE Bundesvorsitzende deutlich: „Der Fall aus Ibbenbüren ist nicht beispielhaft. Er ist von einer Härte und Brutalität geprägt,

die nicht in der Reihe der Vorfälle zu sehen sind, die wir in unseren Studien ermittelt haben.“ In der zuletzt im November 2022 veröffentlichten Umfrage gaben fast zwei Drittel der befragten Schulleitungen an, dass es innerhalb der letzten fünf Jahre Fälle psychischer Gewalt, beispielsweise in Form von Beleidigungen, Bedrohungen oder Belästigungen an ihrer Schule gegeben hätte. Gut ein Drittel der Schulleitungen sagte, dass Lehrkräfte Opfer von Cybermobbing wurden. Und ebenfalls ein Drittel gab an, dass es in den letzten fünf Jahren zu gewalttätigen körperlichen Angriffen auf Lehrkräfte oder Schulleitungen gekommen sei.

---



---

## Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) Deutliche Kritik an Bekämpfung von Geldwäsche

**Unklare Behördenzuständigkeiten, mangelhafte Aufsicht und ineffektive Strafverfolgung: Der BDZ kritisiert seit Jahren einen fehlenden Masterplan zur effektiveren Bekämpfung von Geldwäsche. „Währenddessen entwickelt sich Deutschland zum Eldorado für Verbrecher, die inkriminierte Gelder legalisieren wollen. Schätzungsweise 100 Milliarden Euro werden in Deutschland jährlich reingewaschen“, hieß es am 5. Januar 2023 vom BDZ.**

„Wir müssen leider feststellen, dass die politisch verantwortlichen Akteure die Missstände bei der Geldwäschebekämpfung nach wie vor ausschließlich auf die Analysemethoden der Financial Intelligence Unit (FIU) reduzieren. Die eigentlichen Probleme bleiben weiter bestehen“, kritisierte der BDZ Bundesvorsitzende Dieter Dewes. Der BDZ sieht sich mit seiner Kritik durch den lang erwarteten Prüfbericht der Financial Action Taskforce (FATF) über die Ergebnisse der Deutschlandprüfung 2020/2021 bestätigt.

Es sei unstrittig, dass die FIU mehr als 100.000 Verdachtsmeldungen bis zum Stichtag 30. September 2022 als risikorelevant ausgesteuert, aber noch nicht weiterbearbeitet hat.

Jedoch werde bei der Kritik daran der fehlende politische Rückhalt von Priorisierungsmodellen für effektivere Analysemethoden durch die FIU verkannt. Die systembedingten Missstände auf die Beschäftigten der FIU abzuwälzen und dadurch innerhalb von fünf Jahren der Neuausrichtung der FIU bereits zwei Behördenleiter zu verschleifen, sei der denkbar schlechteste Weg. „Es fehlt an einer politischen Gesamtstrategie zur effektiveren Finanzaufklärung, Geldwäscheermittlung und -strafverfolgung sowie der Einziehung illegal erworbenen Vermögens“, bemängelte Dewes. Zwar habe die Bundesrepublik in den letzten Jahren mit Gesetzesänderungen reagiert, wirklich effizienter sei der Kampf gegen Geldwäsche jedoch nicht geworden.

### ***Namen und Nachrichten***

Der **BDZ** sieht bei der Cannabis-Legalisierung viele ungeklärte Fragen hinsichtlich der Umsetzung und bezweifelt, dass damit ein Beitrag zum Jugend- und Gesundheitsschutz erfolgen kann. Die neuerlichen Forderungen nach mehr Tempo bei der Legalisierung aus den Reihen der Ampel-Koalition würden zudem offenkundige rechtliche Probleme bewusst außer Acht lassen. Dazu BDZ Bundesvorsitzender Dieter Dewes am 9. Januar 2023: „Nun auf derartige Weise mit dem Kopf durch die Wand gehen zu wollen, ist naiv. Ein nationaler Alleingang zur Legalisierung eines nach Unionsrecht weiterhin verbotenen Produktes

wäre schon mit Blick auf den grenzüberschreitenden Warenverkehr im Binnenmarkt völlig systemwidrig. Daher hat dies auch kein anderer Mitgliedstaat bisher so versucht. Zumal die einzige vorgetragene Rechtfertigung, die Austrocknung des Schwarzmarktes, damit ja überhaupt nicht erreicht wird. Denn die praktische Umsetzung einer staatlich streng kontrollierten Lieferkette ist genauso utopisch wie die Vorstellung, dass das Unterlaufen einer neuen Cannabis-Verbrauchssteuer auch auf legale Produkte nicht weiterhin ein lukratives Geschäft für Schmuggler und Dealer bleiben wird.“

---

**Termine:**

24. Januar 2023

**1. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)

22. – 23. Februar 2023

**2. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)

28. – 30. März 2023

**3. Runde Tarifverhandlungen Bund und Kommunen**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de/einkommensrunde](http://www.dbb.de/einkommensrunde)

24. – 25. April 2023

**5. dbb forum Inklusion und Teilhabe**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de) (Link: <https://www.dbb.de/veranstaltungen/forum-inklusion-und-teilhabe.html>)

18. – 19. September 2023

**14. Forum Personalvertretungsrecht**

Weitere Informationen folgen.

---